

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -RATSFRAKTION-
HIROSHIMAPLATZ 1-4, 37083 GÖTTINGEN

**Fraktion im Rat
der Stadt Göttingen**

Anfrage für den
Ausschuss für Soziales und
Wohnungsbau
am 3.3.2009

Geschäftsführung: Jürgen Bartz



Tel: 0551-400-2785
Fax: 0551/400-2904
GrueneRatsfraktion@goettingen.de
www.gruene.de/goettingen

16.2.2009

Übertragbarkeit der Studie des Berlin-Institutes für Bevölkerung und Entwicklung zur Integration in Deutschland auf Göttingen

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat eine Studie zu den Integrationserfolgen unterschiedlicher Herkunftsgruppen in Deutschland herausgegeben, die bundesweit Beachtung gefunden hat. Die Studie kommt nach Betrachtung von „20 Indikatoren aus den Bereichen Assimilation, Bildung, Erwerbsleben und soziale Absicherung“ u. a. zu folgenden Ergebnissen (Auszüge aus dem Abstract der Studie):

„Zum Teil massive Integrationsmängel bestehen (...) bei Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Afrika und vor allem bei der aus der Türkei. Von den hier lebenden 2,8 Millionen Türkischstämmigen ist knapp die Hälfte schon in Deutschland geboren. Diese zweite Generation schafft es jedoch kaum, die Defizite der meist gering gebildeten Zugewanderten aus den Zeiten der Gastarbeiteranwerbung auszugleichen. So sind auch noch unter den in Deutschland geborenen 15- bis 64-Jährigen zehn Prozent ohne jeden Bildungsabschluss – siebenmal mehr als unter den Einheimischen dieser Altersklasse. Dementsprechend schwach fällt ihre Integration in den Arbeitsmarkt aus.“ (...) „Selbst in den Regionen mit den besten Ergebnissen (sind) Migranten mehr als doppelt so häufig erwerbslos wie Einheimische, und sie hängen mehr als doppelt so oft wie diese von öffentlichen Leistungen ab.“

Die Autoren ziehen das Fazit:

Um die Integration der in Deutschland lebenden Migranten zu verbessern (...), sind dringende Maßnahmen nötig. Gezielte Förderung im Bildungssystem ist dabei einen Schlüsselaspekt. Ebenso sollte den Migranten in Deutschland der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu einem gesicherten rechtlichen Status inklusive der deutschen Staatsbürgerschaft erleichtert werden.

Wir fragen die Verwaltung:

1. In welchem Umfang sind die Ergebnisse der Studie auf Göttingen übertragbar?
2. Welche Handlungsnotwendigkeiten sind daraus abzuleiten?

